

Mainz, 13.06.2018

Antrag 1068/2018/1 zur Sitzung Stadtrat am 13.06.2018

gem. Änderungsantrag zu: Zukunft des Fahrradverkehrs in Mainz (ÖDP) (SPD, B90/DIE GRÜNEN, FDP)

Punkt 1 wird wie nachfolgend ersetzt:

Die Verwaltung wird gebeten bzgl. verschiedener Radinfrastrukturregelungen (Aufhebung Radwegbenutzungspflicht, Radwege, Radfahrstreifen, Schutzstreifen, Fahrradstraßen, Freigabe von Einbahnstraßen gegen die Einbahnrichtung für Radfahrer etc.) folgenden Informationen erneut im Rahmen des Runden Tisches Radverkehr zu präsentieren:

- *Welche rechtlichen Hintergründe gibt es zu diesen Regelungen?*
- *Welche gesetzlichen Vorgaben, wann und wo bestimmte Regelungen bzw. Infrastrukturanlagen umgesetzt werden können?*
- *Welche Vor- und Nachteile haben bestimmte Regelungen/Infrastrukturanlagen*

Punkt 2 wird wie nachfolgend ersetzt:

Die Verwaltung wird gebeten, in Mainz ein sogenanntes „Bypad-Audit“ (Bicycle Policy Audit - dt. etwa: Radverkehrs-Politik-Überprüfung) zur Erarbeitung eines 20-Punkte-Plans zur Radverkehrsförderung durchzuführen, wie dies bereits die Städte Karlsruhe und Mannheim erfolgreich praktiziert haben. Dabei sollen Verwaltung, politische Vertreter und Verbände mitwirken. Unter Leitung eines externen Moderators sollen die zukünftigen Handlungsschwerpunkte herausgearbeitet werden.

Punkt 3 wird übernommen

Begründung

Im Bereich Radinfrastruktur und Radverkehrsregelungen gab es in den zurückliegenden Jahren viele rechtliche und fachliche Neuerungen, die vielen Bürgerinnen und Bürgern, aber auch Rats-

mitgliedern noch nicht bekannt sind. Dies führt in der öffentlichen Diskussion teilweise zu Missverständnissen und Vorschlägen, die nicht umsetzbar sind.

Eine generelle Festlegung auf eine bestimmte Art von Radverkehrsinfrastruktur und Radverkehrsregelung ist nicht möglich, denn nicht alle denkbaren Möglichkeiten sind immer umsetzbar, rechtlich möglich oder aus Gründen der Verkehrssicherheit sinnvoll.

Eine Best-Practice Veranstaltung eignet sich nicht, um daraus Leitlinien für die Mainzer Radverkehrsentwicklung abzuleiten. Hierfür bietet sich ein sogenanntes "Bypad-Audit" an. Dabei wird der Ist-Zustand individuell für jede Stadt erhoben und somit auch auf Mainz angepasst.

Alle Akteure bewerten unabhängig voneinander zahlreiche Aspekte der Radverkehrsförderung - mit fachlicher Unterstützung durch einen Externen. So kann Einvernehmen hergestellt, Kompromisse gefunden und eine breite, größere Akzeptanz bei allen Beteiligten erreicht werden.

Alexandra Gill-Gers (SPD-Stadtratsfraktion)
Sylvia Köbler-Gross (B90/DIE GRÜNEN im Stadtrat)
Walter Koppius (FDP-Stadtratsfraktion)